

Landtag Aktuell

19. Ausgabe

Düsseldorf, 13.05.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Bundeswehr bei Kooperationsvereinbarung mit Schulen nicht benachteiligen

Als Beauftragter für die Bundeswehr der CDU-Landtagsfraktion, wollte ich von der Schulministerin in einer Kleinen Anfrage Mitte März wissen, warum sie die seit 2008 bestehende Kooperationsvereinbarung von Schule und Bundeswehr ändern möchte.

Bisheriges Ziel der Kooperation ist es, Schülerinnen und Schüler in sicherheitspolitischen Fragestellungen aufzuklären und darüber hinaus Jugendoffiziere in die Ausbildung von Lehramtsanwärtern einzubinden. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben die Möglichkeit, an Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr teilzunehmen.

Zufrieden bin ich mit der Antwort der Ministerin auf meine Kleine Anfrage, in welcher sie zusagt, am Grundsatz der Kooperation nicht rütteln zu wollen. Gleichzeitig stehe ich aber den Plänen der Regierung, auch der sogenannten Friedensbewegung mehr Raum zuzugestehen, skeptisch gegenüber. Die Bundeswehr ist ein Verfassungsorgan, das die Sicherstellung des Friedens in Deutschland garantiert. Man darf sie nicht mit jeglichen Vereinen oder Initiativen gleichsetzen. Die Bundeswehr muss die Diskussion nicht scheuen, aber wir werden darauf achten, dass sie durch die neuen Pläne nicht benachteiligt wird. Die CDU-Landtagsfraktion wird die geplante Änderung der Kooperationsvereinbarung weiterhin kritisch begleiten.

Die Antwort der Schulministerin finden Sie unter <http://kurzlink.de/GGbundeswehr>.

Minderheitsregierung macht leider ernst: Haus- und Grundstückskauf wird teurer!

Nachdem der Finanzminister im Januar noch versicherte, dass die Regierung gegenwärtig keine Pläne habe, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen, liegt nun dem Finanzministerium ein Gesetzentwurf der rot-grünen Landtagsfraktion mit ebendem vor. Die Linken haben ihre Unterstützung bereits signalisiert, so dass die Gesetzesänderung mit großer Wahrscheinlichkeit kommen wird.

Der Gesetzentwurf sieht vor, den Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer für Erwerbsvorgänge ab dem 01.10.2011 von 3,5 auf 5 Prozent zu erhöhen. Die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von ca. 550 Millionen Euro sollen komplett im Landeshaushalt verbleiben.

Grundsätzlich beträgt der Steuersatz bei dem Erwerb eines Grundstücks in Deutschland 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage. Auch wenn weitere acht Bundesländer in der Vergangenheit die Steuersätze erhöht haben, so würde das Land NRW bei Einführung des Gesetzes mit Brandenburg und Schleswig-Holstein die bundesweite Höchstmarke bilden.

Die Anhebung des Steuersatzes um satte 40 Prozent trifft vorrangig junge Familien, die sich ein Eigenheim schaffen wollen. Der Kauf eines Hauses mit Grundstück für 350.000 Euro wird sich somit um 5.250 Euro verteuern – 17.500 Euro fließen zukünftig in den Landeshaushalt. Ich halte die Erhöhung der Grunderwerbsteuer für unsozial, besonders vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten Kürzung der Eigenheimförderung von 500 auf 200 Millionen Euro.



Eurokrise darf nicht zur Europakrise werden

Große Sorge bereitet mir derzeit die Lage des Euros und der Europäischen Union insgesamt. Der eigentliche Sinn der EU, einen gemeinsamen Werte- und Wirtschaftsraum ohne Grenzen in Frieden und Freiheit zu schaffen, gerät zunehmend in den Hintergrund.

Eurostaaten, die sich verantwortungslos verschulden, müssen gezwungen werden, bessere Politik zu machen. Generalstreiks lösen keine Haushaltsprobleme. Früher wäre die Währung eines Landes soweit abgewertet worden, wie es seiner Wirtschaftsleistung und Verschuldung entsprochen hätte. Heute werden die Belastungen einzelner Länder auf alle anderen verteilt. Solidarität ist richtig und wichtig, darf aber nicht einseitig sein und überstrapaziert werden. Unsere Bundeskanzlerin muss ihr Versprechen halten, dass es weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben wird. Für alles andere haben die Menschen in Deutschland zu Recht kein Verständnis.

Gregor Golland MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf · <http://www.gregor-golland.de>

Wenn Sie Landtag Aktuell nicht mehr erhalten möchten, faxen Sie an 02234/9334762 unter Angabe Ihrer Faxnummer bzw. E-Mailadresse oder senden Sie Ihre Angaben an newsletter@gregor-golland.de.